

Anlässlich der Haushaltsberatungen im Bildungsausschuss wurde durch das Schulverwaltungsamt eine Übersicht zu finanziellen Abweichungen bei den Raten für die PPP-Modelle übergeben. Daraus geht hervor, dass sich die PPP-Rate für das Jahr 2009 im Vergleich zur Beschlussfassung durch den Stadtrat im Oktober 2006 um 1,27 Mio. € erhöht. (Die Erhöhung ist für die einzelnen Schulen differenziert in Bauleistung, Finanzierung und Bewirtschaftung ausgewiesen.)

1. Welche Erklärung gibt es für die Abweichungen bei den Bauleistungen? (Der Sinn von PPP-Modellen besteht gerade darin, Risiken der Bauleistung auf den Investor zu übertragen.)
2. Wenn für das verbindliche Angebot eine Finanzierung der LBBW Grundlage war und für die Realisierung offensichtlich eine Finanzierung durch die KfW-Bank erfolgt ist, resultiert daraus die Frage, warum es für die Stadt Halle zu ungünstigeren Konditionen erfolgte? (hohe Zahlungen zu Beginn in der gegenwärtigen Situation des nicht konsolidierten städtischen Haushaltes, statt verstetigter Zahlungen mit Abflachungen am Anfang und am Ende der Finanzierung)
3. Weshalb wurde der Stadtrat nicht gesondert informiert bzw. mit einer Änderung der Beschlussfassung konfrontiert? (Der gültige Stadtratsbeschluss von Oktober 2006 enthält die detaillierte Finanzierung der Objekte bis zum Jahr 2034 in Jahresscheiben.)

gez. Mathias Weiland
Stadtrat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Antwort der Verwaltung:

1. Welche Erklärung gibt es für die Abweichungen bei den Bauleistungen? (Der Sinn von PPP-Modellen besteht gerade darin, Risiken der Bauleistung auf den Investor zu übertragen.)

Bezogen auf die Basisverhandlungen Oktober 2006 lagen die ermittelten Haushaltsansätze ohne die Einbindung der KfW-Bank vor und wurden in der Beschlussfassung dargestellt. Die Verpflichtung der Einbindung der KfW sowie der verspätete Abschluss des Kreditvertrages (April 2007) führten zu den veränderten Jahresscheiben der Finanzierung. Nachfolgend ist für das Jahr 2009 sowie den Gesamtvertrag der Zahlungsstrom vergleichend dargestellt.

in Mio €	SR Beschluss 22.11.2006 ohne KfW	KfW-Einbindg. 13.10.2006	Vertrag ohne KfW April 2007	Vertrag mit KfW April 2007
Rate 2009	4,6	5,7	4,7	5,7
Bau 2009	0,8	1,9	0,8	1,7
Gesamt	150,0/ 150,3 ¹⁾	145,0	155,2	151,8

¹⁾ Differenz
durch Abrundung

Die jahresweisen Zahlungsströme * sind in Anlage 1 und 2 dargestellt.

2. Wenn für das verbindliche Angebot eine Finanzierung der LBBW Grundlage war und für die Realisierung offensichtlich eine Finanzierung durch die KfW-Bank erfolgt ist, resultiert daraus die Frage, warum es für die Stadt Halle zu ungünstigeren Konditionen erfolgte? (hohe Zahlungen zu Beginn in der gegenwärtigen Situation des nicht konsolidierten städtischen Haushaltes, statt verstetigter Zahlungen mit Abflachungen am Anfang und am Ende der Finanzierung)

Zum Zeitpunkt des beschlussfähigen Verhandlungsstandes – Vorlage im November 2006, geplant war der Stadtrat Oktober – lag noch kein Bescheid der Kreditanstalt für Wiederaufbau vor. Forderung des Stadtrates – so auch im Vertrag verankert – verpflichtete die Vertragspartner, die Finanzierung wie „kommunal finanziert“ abzuwickeln.

Im PPP Vertrag, § 8, Seite 17, sowie in der ergänzenden Vereinbarung, § 6, ist ausdrücklich der Einsatz/die Anpassung des Finanzierungsmodells an das Angebot der KfW-Förderbank fest geschrieben.

Die Verträge wurden durch das Beratungsunternehmen Rauschenbach vor Stadtratsbeschluss allen Fraktionen in den Fraktionssitzungen vorgestellt.

3. Weshalb wurde der Stadtrat nicht gesondert informiert bzw. mit einer Änderung der Beschlussfassung konfrontiert? (Der gültige Stadtratsbeschluss von Oktober 2006 enthält die detaillierte Finanzierung der Objekte bis zum Jahr 2034 in Jahresscheiben.)

Mit der Beschlussfassung des Stadtrates zur Vertragsbestätigung und Vertragsunterzeichnung zum 15.12.2006 wurde die Verwaltung zum vertragsgemäßen Handeln verpflichtet – s. 2. Deshalb war eine Änderung der Beschlussfassung nicht erforderlich.

Tobias Kogge
Beigeordneter

Anlagen siehe Anhang

Herr Weiland, Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger, stellte fest, dass die Veränderung der Finanzierungsbedingungen für die Stadt zu einem Nachteil von etwa 3 Mio. € geführt habe. Dies sei mit den Zielen der PPP-Modelle und der Haushaltskonsolidierung nicht vereinbar.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen zur Kenntnis genommen.